

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilt nicht mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Abnahme monatlich 4 Mk., durch unsere Anzeigen getragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Nr. 44.

Dienstag den 22. Februar 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Sonnabend den 26. Februar 1921 nachmittags 1/2 2 Uhr

wird im Saale des Gasthofes „Albertshof“ in Weißen, Neugasse 44/45

### ein allgemeiner Amtstag

abgehalten werden. Die Herren Gemeindevorstände, Ortsvorsteher und Vertrauensmänner des Bezirkes werden hierzu eingeladen.

Meißen, am 19. Februar 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

## Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der neu gewählte sächsische Landtag wählte zum Präsidenten Abg. Reier-Detmold (Soz.) und zum Vizepräsidenten Abg. Reier-Dörentz (Dnal.).
- Die Entente stellte Ungarn eine Note zu, in der sie sich gegen die Rückkehr der Habsburger ausspricht.
- Wie aus Wien gemeldet wird, soll dort der anrührende englische Journalist Trebitsch-Lincoln verhaftet worden sein.
- Hoover ist vom Präsidenten Harding zum Handelsminister seines Kabinetts ernannt worden.
- Die amerikanische Regierung hat den Abmarsch aller ihrer Truppen im besetzten Rheinland angeordnet.

### Und der ferne Osten?

Wir glauben manchmal in unserer Not und Verzweiflung, daß das ganze Weltgeschehen dieser Tage sich auf Deutschland und seinen Schicksalsgefährten, auf die Neugestaltung Europas beziehe, wie der Krieg sie geschaffen hat. Und da sich uns nirgends ein Ausblick aus der Finsternis erschließen will, von der wir umgeben sind, versinken wir immer wieder in Hoffnungslosigkeit und finden nicht den Mut über den Tag hinaus zu denken und zu schaffen, da doch die ganze Sammerhaftigkeit unserer Tage uns immer und immer wieder tief ins Bewußtsein greift wird. Nur wenige gibt es unter uns, die trotz alledem den Kopf nicht sinken lassen wollen. Die nicht vergessen, daß auch außerhalb Europas noch Menschen leben, noch Völker am Werke sind, deren Machtverhältnisse nicht weniger als ausgleichend sind, in deren Mitte naturgegebenen Kräfte wühlen und arbeiten, die sich wohl eine Zeitlang reguieren und eindämmen, nicht aber dauernd unterdrücken lassen. Sie denken an Amerika. Die große Sympathie, die nach den Redseligkeiten des Herrn Wilson in diesem Schwiegen verfallen; an Japan, das in der Kunst des Nicht-Redens immer noch als unerreichtes Vorbild gelten kann, an die Rückwirkungen der Rivalitäten, die zwischen diesen beiden Mächten doch einmal ausgetragen werden müssen, auf die Machtinteressen des britischen Weltreiches, das weit davon entfernt ist, nach der Niederwerfung Deutschlands den ewigen Frieden für gekommen zu halten. Sie wissen nur nicht, wie lange es dauern mag, bis auch in diesem heimlichen Ringen die eisernen Wärel fallen werden — und wie man es anfangen wird, den Völkern der Erde begründlich zu machen, daß abermals für die höchsten Güter der Menschheit, für Freiheit und Recht und Kultur und Sittung gekämpft werden müsse, mit Blut und Eisen. Auch wo man in dieser Falle das Barbarentum, wo die Völkerbedrückung zu suchen haben wird, läßt sich im Augenblick noch schwer übersehen. Aber die englische Propaganda wird auch diese schwierige Aufgabe zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber zu lösen wissen.

Zunächst, es fällt auf, daß die unmittelbar vor ihrer Auflösung durch Harding stehende amerikanische Regierung ihre Zurückhaltung gerade jetzt noch in der offensichtlichen Frage plötzlich aufgegeben hat. Sie hatte die Absicht, in der wichtigen Hafenstadt Schanghai eine Funkstation aufzunehmen, ließ aber dabei auf den Einpruch der chinesischen Regierung und hat diese nunmehr erklären lassen, daß sie diesen Widerstand als einen unfreundlichen Akt betrachten, und, wenn er aufrechterhalten würde, ihren Gesandten aus Peking abzurufen müßte. Also Abbruch der diplomatischen Beziehungen! Das würde gerade in diesem Falle, selbst wenn es zunächst bei dieser einen feindseligen Maßnahme bliebe, ziemlich viel bedeuten, denn Amerika spielt sich sonst nur zu gern als machtvoller Beschützer des chinesischen Reiches auf und hat ihm auch wiederholt schon sehr erhebliche politische wie finanzielle Liebesdienste geleistet. Die Gegenpartei in diesem Ringen um den maßgebenden Einfluß an den Gestirnen des Stillen Ozeans waren immer England und Japan, und ganz gewiß geht man nicht fehl in der Annahme, daß sie auch jetzt wieder, bei der Verdrängerung des amerikanischen Planes, sich an der chinesischen Küste einen punktelegraphischen Stützpunkt für alle Fälle zu schaffen, hinter den Kulissen die Fäden gezogen haben. Sie müssen um so nachhaltiger auf die chinesische Regierung eingewirkt haben, als diese der amerikanischen Regierung die Konzession zur Errichtung der drahtlosen Station in Shanghai bereits erteilt hatte. Angeblich ist das geschehen, weil eine englische Firma behauptete, das Monopol für drahtlose Stationen in China zu besitzen. Aber solche Spitzenspatzen pflegen sich nur weit vorzutragen, wenn sie wissen, daß eine einigermäßen statische Bakienmacht hinter ihnen steht, und die Methoden,

nach denen gerade England seine Bestinteressen immer weiter auszuweihen verstanden hat, sind ja zur Genüge bekannt. Es kann also gar nicht wundernehmen, wenn man in Washington aufbegehrt, sobald die Machtverteilung auch im Fernen Osten sich nach den gleichen Gesetzmäßigkeiten anstellt, die man in Europa, in Afrika, in Asien zu studieren hinreichend Gelegenheit hatte. Die freundschaftliche Temperatur zwischen den beteiligten Mächten wird jedenfalls durch diesen unerwarteten Zwischenfall keine Steigerung erfahren.

Er beläugelt wie ein greller Blitz die Bedeutung der ziemlich späten Auseinandersetzungen über Flottenbau und Abrüstung, die jetzt zwischen London, Washington und Tokio ständig hin und hergehen. Was wir darüber zu hören bekommen, sind nicht viel mehr als abgerissene Andeutungen, unter denen sich vielerlei denken läßt. Ihren inneren Zusammenhang werden wir vielleicht erst richtig übersehen können, wenn der neue Herr in Washington sein Amt angetreten hat.

### Der mit dem letzten Pfennig!

Lloyd Georges Programm.

In seiner großen Rede im englischen Unterhause legte Lloyd George sein Programm für die bevorstehende Sondener Konferenz dar. Dieses gipfelte in der Versicherung, er werde alles tun, um aus Deutschland den letzten Pfennig herauszuholen, den es zahlen könne. Auf ein Strafverfahren gegen den früheren deutschen Kaiser will Lloyd George gnädigst verzichten. Die anderen „deutschen Kriegsverbrecher“ sollen aber ans Messer geliefert werden. Dann aber kommt der englische Ministerpräsident wieder auf den Geldpunkt — für den Engländer die Hauptsache — zu sprechen, und bombastisch erklärt er:

Es werde gesagt, daß Deutschland nicht alles tue, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Er könne dem zu, daß Deutschland einen wesentlichen Teil des Vertrages nicht durchgeführt habe, wie es hätte tun können. (?) Deutschland habe sich nicht bis zur Grenze seiner Fähigkeit oder in dem Maße wie die Alliierten bemüht. (?) Deutschland komme vor Gericht in Pumps (?) gelehrt, um zu zeigen, wie arm es sei. Die Mark sei jedoch nicht so verurteilt, wie dies scheint. Die Deutschen könnten ein bißchen mehr Politik auf die Mark legen, und dies sei einer der Punkte, auf den bei der deutschen Delegation gedrungen werden solle, damit Deutschland nunmehr in die Lage komme, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Lloyd George schloß: Wir wollen aber nicht vergessen, was bereits vollendet wurde: das deutsche Heer und die deutsche Flotte sind verschwunden, eine riesige Menge von Kriegsmaterial ist ausgeliefert worden, die deutschen Kolonien sind nicht mehr. Es wird unsere Pflicht sein, darauf zu achten, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlt. Ich bedaure, daß Mitglieder des Parlaments, die erklären, Deutschland könne größere Entschädigungen leisten, und die kein tieferes Verantwortlichkeitsgefühl an den Tag legen, Dinge vorschlagen, die ganz unbrauchbar sind, und die kein vernünftiger Mensch empfehlen kann. Eine vorläufige Nichtausführung seiner Verpflichtungen durch Deutschland würde eine Aktion der Alliierten zu ihrer Erzwungung herbeiführen.

### Der Riesenbluff.

Gänzlich scheint aber die Vernunft im englischen Unterhause noch nicht verschwunden zu sein, denn in der Rede Lloyd Georges folgenden Aussprüche nannte das Mitglied der Arbeiterpartei E. Shaw den Versuch der Alliierten, aus Deutschland die jetztigen abgeänderten Forderungen herauszubekommen, einen Riesenbluff und sagte, die Arbeiterpartei unterstütze den Abänderungsantrag Bottomley, da sie der Ansicht sei, die gesamte Politik der Regierung mit Bezug auf den Friedensvertrag müsse der Wählerschaft unterbreitet werden. Der Abänderungsantrag Bottomley wurde mit 186 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

### Die Gewaltmaßnahmen.

Gleichzeitig hat in Paris der französische Ministerpräsident Briand offenbart, wie er sich die Zukunft vorstelle. Er macht natürlich in Gewalt, nennt das verschämte „Sühnemaßregeln“ und fordert folgende Kleinigkeiten:

1. Ausdehnung der Dauer der Besetzung des linken Rheinufers. Herr Briand erklärte, daß nach seiner Meinung die Frist von 15 Jahren, die in dem Vertrage vorgegeben ist, noch nicht zu laufen begonnen hat (11), und daß diese Klausel erst von dem Tage an in Kraft treten könnte, an dem Deutschland Beweise seines Willens zur vollkommenen Erfüllung der Abmachung kundgibt. (1)

2. Ausdehnung der militärischen Okkupationszone. Die Regierung wird, im gegebenen Falle, auf eine solche Maßnahme niemals verzichten.

3. Änderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Rheinlande und den benachbarten Ländern. (Gemeint ist Zollanschluss der besetzten Gebiete an die Entente, Zollsperrung gegen Deutschland.)

Und dann kommt Briands fürchterlichste Drohung: „Zurückweisung der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund bis zur Ausführung des Vertrages.“

### Die Amerikaner verlassen das Rheinland.

Abmarsch der letzten Truppen.

Die kommende Präsidentschaft Hardings wirkt bereits ihre Schatten voraus. Und zwar geschieht dies in einer Art, die wir Deutschen nur begründen können.

Nach einer Meldung aus Newyork hat sich nämlich die amerikanische Regierung entschlossen, außer den Vertretern bei der Reparationskommission vor dem 1. Mai auch noch die 5400 Mann Besatzungstruppen zurückzurufen, die sich noch in den Rheinlanden befinden. In der Meldung wird gesagt, daß die Amerikaner bereits ein erstes Kontingent von 5000 Mann zurückgezogen hätten, so daß es jetzt notwendig erscheine, die bereits begonnenen Maßnahmen zu Ende zu führen. Diese Entscheidung beeinflusst aber in keiner Weise die amerikanische Politik der Zukunft.

Ob mit dem Abmarsch der Amerikaner nun auch eine Erleichterung für die besetzten Rheinlande verknüpft sein wird, läßt sich noch nicht sagen, da möglicherweise die andern Ententemächte den von Amerika geräumten Abschnitt besetzen werden.

### „Unter diesen Umständen . . .“

Das amerikanische Mitglied der Wiedergutmachungskommission, Boyden, hat in einer Note mitgeteilt, seine Regierung sei erst nach langem Schwanken und nach einer genauen Prüfung der Frage zu seiner Abberufung gelangt. Vor der Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles seien alle Signatarmächte im Ausmaß offiziell vertreten gewesen, erst nach der Ratifikation seien die Vertreter der anderen Mächte offizielle Vertreter geworden. Da die Vereinigten Staaten noch nicht ratifiziert hätten, wurde im Laufe der Zeit ihr offizieller Vertreter gewissermaßen ein unmöglicher Zustand. Unter diesen Umständen hat die amerikanische Regierung nicht geglaubt, in Brüssel oder anderwärts sich an der Ausarbeitung von Plänen beteiligen zu sollen, die eine Änderung des Friedensvertrages nach sich zu ziehen schienen. Da die amerikanische Regierung gegenwärtig weder an den Verhandlungen teilnehmen, noch eine Meinung über die Fragen, die deren Gegenstand bilden, ausdrücken könne, halte sie es nicht für wünschenswert, auch nur offizielle Vertreter bei der Reparationskommission zu unterhalten.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Deutschnationale und Sozialdemokraten.

In einer Wahlrede erklärte der Abgeordnete Dr. Hesslerich, daß die Deutschnationale Partei bereit sei, auch mit den Sozialdemokraten in eine Regierung einzutreten, wenn man die Gewähr dafür habe, daß man in London unter allen Umständen fest bleiben werde.

#### Ostpreußen in Gefahr.

In Allenstein erfolgte die Verhaftung des Sekretärs des Polenbundes für Ostpreußen, Bogowski, der die Ziele dieses Bundes offenbar enthüllte. Sie gehen dahin, die Vereinigung Ostpreußens mit Polen vorzubereiten. Bogowski ward in Ermahn-Masuren junge Leute für ein von Polen in Thorn aufgestelltes Masuren- und Ermahn-Regiment, das bestimmt war, die gleiche Rolle wie Jędrzejowski's Truppe in Wilna zu spielen. Hunderte von jungen Ermählern wurden durch Selbsterpfeindungen über die Grenze gelockt, von wo die meisten inzwischen enttäuscht zurückkehrten. Es war höchste Zeit, daß die Regierung dem verräterischen Treiben ein Ende machte.

#### Für die Veteranen.

Auf eine Anfrage wegen einer zeitgemäßen Erhöhung der Pensionsbezüge für Veteranen von 1870 und 1866 ist vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt worden, daß für die Pensionäre eine den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende gesetzliche Regelung der Verfor-